

NIEDERSCHRIFT DER SITZUNG

Sitzungsnummer: JHA/04/2008
Gremium: Jugendhilfeausschuss
Tag: Dienstag, 02.09.2008
Ort: Rathaus an der Volme, Sitzungsraum A.201
Beginn: 16:00 Uhr

A. TAGESORDNUNG

I. Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Tagesordnung
2. Mitteilungen
3. Anliegen der Jugendräte
4. Stand der Umsetzung des KiBiz
5. Bündnis für Familien
6. Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen"
Vorlage: 0747/2008
7. Prioritätenliste Kinderspielplätze
Hier: Mündlicher Bericht der Verwaltung
8. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Ergebnis der Beratungen in den Arbeitsgruppen der politischen Gremien
Vorlage: 0626/2008
9. Lokales Bündnis für Familien
Vorlage: 0605/2008
10. Projekt "Straßenkinder"
Aufsuchende Straßensozialarbeit für Kinder und Jugendliche in Hagen
Vorlage: 0607/2008
11. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

B. SITZUNGSVERLAUF

I. Öffentlicher Teil

Beginn des öffentlichen Teiles: 16:00 Uhr

1. Feststellung der Tagesordnung

Herr Strüwer begrüßt die Anwesenden und verpflichtet anschließend Herrn Thomas Koslowski vom Caritasverband, der in Vertretung für Herrn Michael Gebauer anwesend ist.

Die Tagesordnung bleibt unverändert.

2. Mitteilungen

Herr Steuber nimmt Bezug auf die in der letzten Sitzung behandelte Schöffensliste und berichtet hierzu, dass eine Überprüfung ergeben habe, dass die Auflistung der Namen willkürlich sei und keinen spezifischen Hintergrund habe. Alle benannten Kandidaten seien sowohl für die eine als auch die andere Funktion als Schöffe bzw. Hilfsschöffe vorgesehen. Das Gericht entscheide letztendlich über die Benennung der einzelnen Funktionen.

Er weist außerdem auf das übersandte Schreiben des Ministeriums bezüglich der Kosten der Sprachstandserhebung hin, mit deren Erstattung danach nicht zu rechnen sei.

Heute habe es eine Fachtagung „Kinderschutz und Kindeswohlgefährdung in Schulen und Offenen Ganztagschulen“ gegeben. Er sei sehr erfreut darüber, dass viele Akteure an dieser Veranstaltung teilgenommen hätten. Es handele sich hierbei um ein sensibles Thema.

Zum Schuljahresbeginn habe es eine Reihe von Geld- und Privatspenden gegeben. Stellvertretend für viele andere könne hier die Firma Staples genannt werden, die dem Kinderschutzbund eine Menge von Materialien für Schüler gespendet habe.

Die Personalbemessung im allgemeinen sozialen Dienst sei inzwischen abgeschlossen. Bei den vorhandenen Fallzahlen habe die Untersuchung einen Mehrbedarf von 8,5 Stellen ergeben. Die Umsetzung dieses Mehrbedarfs sei ein ganz wichtiger Beitrag, den Überlastungsanzeigen der Mitarbeiter im ASD in den vergangenen zwei Jahren adäquat begegnen zu können. Zum 01. 10. des Jahres wäre die Personalvermehrung umgesetzt.
Von den 8,5 Stellen würden 4 extern und der Rest intern besetzt.

Bis zum gestrigen Tag habe es 201 Fälle von Hinweisen auf mögliche Kindeswohlgefährdung gegeben. Die seinerzeit im Ausschuss abgegebene Prognose, dass es bis zum Jahresende rund 300 Hinweise auf Kindeswohlgefährdung geben werde, sei damit sehr realistisch gewesen. Man begegne diesen Meldungen sehr intensiv. Man habe einen Qualitätsstandard vereinbart, dass am selben Tag der Meldung bei Kindern unter 3 Jahren noch ein Hausbesuch mit zwei Mitarbeitern erfolge. In zwei Dritteln der Meldungen gebe es Folgewirkungen. Das habe natürlich auch finanzielle Konsequenzen. Man habe einen Nachtrag von 3 Millionen Euro für die Erziehungshilfe gefordert. Es gebe eine gute Vereinbarung mit den in Hagen ansässigen Trägern der stationären Erziehungshilfe. Das Erziehungshilfeangebot habe in den letzten Wochen nicht mehr ausgereicht. Es seien daher zusätzliche stationäre Regelgruppen eingerichtet worden.

Bezüglich der beantragten Betriebserlaubnis der VIKZ-Ausbildungsstätte, für die das Landesjugendamt zuständig sei, gebe es nichts Neues. Es sei eine vierwöchige Ferienfreizeit in der Körnerstraße angemeldet und durchgeführt worden.

Herr Goldbach berichtet zum Programm „Soziales Stadt“, dass ein Gespräch zwischen den Beteiligten stattgefunden habe, um über Wege nachzudenken, wie das Programm der Förderung des Stadtteils Wehringhausen mit Landesmitteln und privaten Drittmitteln ohne kommunale Eigenmittel begonnen werden könne. Das Verfahren setzte eine Sonderregelung voraus, die bis dato noch nie in Anspruch genommen worden sei. Dieser Antrag befinde sich zurzeit in der verwaltungsinternen Abstimmung. Die Förderanträge für 2009 seien auf dem Weg nach Arnsberg.

Herr Fischer berichtet vom ersten Festival „Vielfalt tut gut“, das nach einem Jahr des Förderprogramms am vergangenen Wochenende stattgefunden habe. Im ersten Förderabschnitt seien 23 Projekte bewilligt worden. Ca. 2800 Jugendliche hätten bis jetzt an dem Programm teilgenommen. Es sei ein buntes Fest vor dem Allerwelthaus mit ca. 3500 Gästen gewesen. Es sei eine tolle Zusammenarbeit des Fachbereiches Jugend & Soziales und den Verbänden gewesen. Morgen gehe es in die nächste Runde.

Ab 19.00 Uhr steige man in die weitere Planung im Allerwelthaus ein. Er weist auf die Plakatreihe zu der Veranstaltung hin, die auch im Internet zu finden ist.

Des Weiteren habe er einen Prospekt zu einer Kampagne der evangelischen Landeskirche von Westfalen gegen Kinderarmut ausgelegt. Die Überschrift dieser Kampagne laute: „Lasst uns nicht hängen!“ Der Jugendhilfeausschuss könne sich zu Eigen machen, dass er dieses Motto umsetze. Es habe zu dem Thema auch eine Kinderresolution gegeben.

Frau Burg-Ahrend berichtet von dem ersten Hagener Handyfestival. Seit dem 11. August könnten Jugendliche in Hagen zweiminütige Handyclips zum Thema „Alles aus Liebe“ produzieren. Diese könnten dann bis November eingereicht werden. Die besten Clips würden auch prämiert.

Unter dem Thema „Fit für die Arbeit mit Jugendlichen“ finde ab morgen eine Ausbildungsreihe statt. Wer Interesse an diesem Themenfeld habe, sei herzlich dazu eingeladen.

Herr Strüwer lobt die Vielfalt von Veranstaltungen, die in dieser Stadt für Kinder und Jugendliche ins Leben gerufen würden und richtet an dieser Stelle seinen Dank an die Verantwortlichen.

3. Anliegen der Jugendräte

Herr Strüwer begrüßt die Vertreterinnen des Jugendrates und lobt das Engagement von Frau Caliskan, die in den Sommerferien ein mehrwöchiges Praktikum bei Radio Hagen gemacht habe, um unter anderem über Jugendarbeit zu berichten.

Frau Caliskan berichtet, dass die Preisverleihung zum WDR Kinderrechtepreis, bei dem die Jugendräte den zweiten Platz belegt hätten, am 21. September erfolge. Einen Tag später finde dazu eine Pressekonferenz in Hagen statt.

Zum Graffiti-Projekt habe vor zwei Wochen beim Fichte-Sportverein die erste Kunstaktion stattgefunden. Vor den Herbstferien seien zwei weitere Aktionsflächen in Planung. Vom 29.09. bis zum 01.10.08 finde ein Graffiti-Workshop statt. Es lägen bereits mehr Anmeldungen dazu vor, als Plätze vorhanden seien. Man würde sich sehr darüber freuen, wenn man die Bilder, die bei dem Workshop produziert würden, im Rathaus ausstellen dürfe. Man sei bei dem Projekt weiterhin auf der Suche nach Freiflächen. Es fände in Kürze eine Bereisung der Bahnhöfe zwecks Begutachtung der Möglichkeiten statt. Auf eine Anfrage bei der Stadtverwaltung habe man noch keine Antwort bezüglich möglicher Freiflächen erhalten.

Frau Grüger berichtet von der Turniertour in Hohenlimburg, die am letzten Donnerstag stattgefunden habe. Man habe eine große Besucherresonanz gehabt.

4. Stand der Umsetzung des KiBiz

Frau Versteeg-Schulte berichtet zum Stand der Umsetzung des KiBiz. Die Inhalte des Berichts können der beiliegenden **Anlage zu TOP 4** entnommen werden.

Herr Dücker nimmt Bezug auf das Problem der Personalzuteilung aufgrund der geforderten Höherqualifizierung. Hier hätten einige der Einrichtungen Schwierigkeiten, diesen Schlüssel einzuhalten. Es bestehe das Problem, dass der Schlüssel hinterher stimmen müsse und man dann Gefahr laufe, auf den Kosten sitzenzubleiben. Habe man in dem Bereich schon Erfahrungen gemacht?

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass das Landesjugendamt die Auskunft gegeben habe, dass dies aufgrund von Übergangsbestimmungen vermieden werden solle.

5. Bündnis für Familien

Herr Strüwer schlägt vor, den Bericht von Frau Schmitz zum Bündnis für Familien im Zusammenhang mit der Beratung der Vorlage zu TOP 9 zu behandeln.

Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

6. Planungskonzept "Kinderschutz in Hagen" Vorlage: 0747/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Strüwer begrüßt Herrn Finck vom Landesjugendamt, der heute als Gast des Jugendhilfeausschusses zum Thema Kinderschutz referieren wird.

Frau Simon, die als Jugendhilfeplanerin mit Herrn Finck zusammen die Thematik bearbeitet hat, sagt ein paar einleitende Worte.

Anschließend stellt Herr Finck das Planungskonzept zum Thema Kinderschutz vor. Der Inhalt des Beitrages ist **der Anlage zu TOP 6** zu entnehmen.

Herr Reinke zeigt sich erfreut über das vorgestellte Konzept. Mit dieser Vorlage werde in Hagen das Thema Kinderschutz in Hagen thematisiert. Man habe in den letzten zwei Jahren einen Runden Tisch zum Thema Kinderschutzambulanz gehabt. Es hätten sich daraus einige Arbeitskreise formiert. Man habe nun erreicht, dass sich zum Thema Kinderschutz eine öffentliche und politische Diskussion ergeben werde.

Er beantragt im Namen der CDU-Fraktion, die heutige Beratung der Vorlage als erste Lesung zu betrachten, weil seine Fraktion noch Beratungsbedarf habe.

Er sei enttäuscht, dass sich die Arbeit der letzten zwei Jahre in dieser Vorlage nicht wiederfinde. Mit wenigen Zeilen werde der engagierte Arbeitskreis in der Vorlage abgehandelt. Er werde darauf hinwirken, dass der im März gefasste Beschluss des JHA sich inhaltlich wiederfinde, dass Kinderschutz als wichtiges Thema aufgegriffen werde und parallel dazu die Kinderschutzambulanz mit Priorität behandelt werde.

Er verweist dazu auf einen Ratsbeschluss aus dem Jahr 2005, in dem Handlungsempfehlungen zum Gesundheitskonzept Gegenstand des Beschlusses gewesen seien.

Frau Klos-Eckermann bewertet die Vorlage als positiv. Natürlich wolle man Kindeswohlgefährdung am liebsten heute vermeiden. Auf der anderen Seite müsse man sehen, dass man am Ende dieses Prozesses die einzigartige Chance habe, auch diejenigen zu überzeugen, die bisher nicht der Meinung des Ausschusses seien. Am Ende des Prozesses habe man einen umfassenden Überblick. Das Engagement der letzten Jahre sei sicher nicht unnötig gewesen.

Herr Fischer möchte wissen, ob es in anderen Kommunen vergleichbare Mo-

delle gebe.

Herr Finck kann die Frage nicht beantworten. Das vorgestellte Prozedere sei in der Jugendhilfe üblich. Bezogen auf den Kinderschutz beschäftigten sich nach seiner Wahrnehmung die Jugendämter momentan viel weniger mit Strukturen, als mit Prozessen. Es gehe darum, wie man die Prozesse bei Meldungen besser gestalte.

Herr Dücker bedankt sich für die Vorlage. Er äußert seine Bedenken darüber, dass der Eindruck entstehen könne, es sei in Hagen gar nichts in diesem Bereich vorhanden. Dem sei ja nicht so. Er bitte darum, das Subsidiaritätsprinzip einzuhalten. Gerade in diesem Bereich werde eine ganze Menge an Ehrenamt getan. Diese Bereiche sollte man auch mit einbauen und berücksichtigen.

Herr Steuber antwortet Herrn Reinke, dass die Arbeit des Arbeitskreises nicht verloren sei. Man habe sich große Mühe gegeben, das in der Vorlage ausdrücklich zu würdigen.

Der vorgestellte Planungsprozess sei sehr systematisch angelegt. Es gebe in Hagen bereits eine Menge Angebote, Strukturen, Kooperationen und Netzwerke zu diesem Thema. Die systematische Beschreibung der vorhandenen Ressourcen sei Aufgabe der Jugendhilfeplanung. Am Ende des Weges werde man seines Erachtens merken, dass nicht nur die Kinderschutzambulanz ein wichtiger Baustein sei. Auch die frühen Hilfen zum Beispiel seien ein ganz wichtiger Baustein.

Herr Reinke erklärt, dass er die nächsten Tage nutzen werde, den Baustein Kinderschutzambulanz darzustellen und möglicherweise beschlussreif vorzulegen. Man könne ja zu der Auffassung kommen, dass man diesen Baustein bereits jetzt umsetze. Sein Anliegen sei, dass sich dieser Baustein auch nachträglich nahtlos in das Gesamtkonzept einpassen ließe. Er habe vor kurzem auch mit dem Mentor darüber gesprochen. Dieser habe einen Weg aufgezeigt, den er gern beschreiten würde. Am 17. September tage die AG IV. Dort werde das Thema besprochen, so dass man im Oktober hier im Ausschuss möglicherweise zu einer Beschlussfassung kommen könne.

Frau Köppen bedankt sich auch für die hervorragende Vorlage. Sie teilt allerdings die Meinung von Herrn Reinke, dass die zweijährige Arbeit des Arbeitskreises gewürdigt werden sollte. Sie unterstützt den Antrag, die Vorlage als erste Lesung zu betrachten.

Herr Decker äußert seine Bedenken, dass mit diesem Planungskonzept die ganze Arbeitskraft der Jugendhilfeplaner blockiert sei. Würden andere Projekte darunter leiden?

Frau Simon kann Herrn Decker beruhigen. Die Prioritäten würden in Absprache mit der Fachbereichsleitung gesetzt.

Herr Haensel bedankt sich auch für die Vorlage. Er freue sich auf den Start und auf den ersten Zwischenbericht.

Herr Strüwer fasst zusammen, dass die Ausschussmitglieder ihr Wohlwollen darüber geäußert hätten, dass so strukturiert an die Sache gegangen werde. Während dieses Planungsprozesses könne es durchaus zu Veränderungen kommen. Er bäte, die erste Lesung nicht als Bremse zu betrachten, sondern zügig weiterzuarbeiten, um dann im Oktober erneut in die Diskussion einzusteigen.

Beschluss:

Die Vorlage wird in erster Lesung zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

<input type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmengleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input checked="" type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

**7. Prioritätenliste Kinderspielplätze
Hier: Mündlicher Bericht der Verwaltung****Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Herr Goldbach weist auf die ausgelegte Tischvorlage des Fachbereiches Planen und Bauen zu diesem Thema vor. Er erläutert den Inhalt des Papiers.

Herr Strüwer erklärt, dass es für die Politik ärgerlich sei, wenn man hinter bestimmte Projekte durch eindeutige Beschlüsse schon einen Haken gemacht habe und dann feststellen müsse, dass die Realisierung nicht erfolge. Er habe aufgrund der Gespräche, die am vergangenen Freitag zwischen der Bezirksregierung und dem Kämmerer geführt worden seien, gute Aussichten, einen Schritt weiter zu kommen.

Er unterbreitet dem Ausschuss folgenden Beschlussvorschlag, über den er anschließend abstimmen lässt.

Beschluss:

Der Jugendhilfeausschuss bittet den Kämmerer, eine Abstimmung mit der Bezirksregierung Arnsberg dahingehend zu erzielen, dass die Grundinstandsetzungsarbeiten der Kinderspielplätze wie geplant umgesetzt werden.

Abstimmungsergebnis:

|| Einstimmig beschlossen

**8. Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude
hier: Ergebnis der Beratungen in den Arbeitsgruppen der politischen Gremien
Vorlage: 0626/2008**

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Decker fragt nach dem Stand der Angelegenheit in Sachen Kindergarten Heigarenweg.

Frau Versteeg-Schulte antwortet, dass davon auszugehen sei, dass ein weiterer Bedarf auf jeden Fall bestehe. Als kritisch sei eine Situation beschrieben worden, bei der man die Mitnutzung der Einrichtung durch Douglas Holding angedacht habe. Die Idee sei jedoch verworfen worden, weil sich das Unternehmen anders entschieden habe. Vor dem Hintergrund, dass dort ein Neubaugebiet geplant sei, das jedoch erst 2010 – 1012 erschlossen werde, habe man ein zeitliches Problem. Jetzt sei die Erhaltung des Schulgebäudes als Lösung angedacht. Man habe natürlich auch in der Umgebung geschaut, ob es geeignete Objekte gebe. Dies sei verneint worden.

Herr Decker hat den Eindruck, dass man die Problematik vor sich her schiebe und nicht entscheiden wolle. Er sei darüber enttäuscht.

Herr Reinke erklärt, ihm sei bei der Jugendeinrichtung Ernst aufgefallen, dass für 2009 100.000 € Sanierungsbedarf vorgesehen seien. In der Spalte Verkaufen „ja oder nein“, sei ein Prüfvermerk angebracht. Er denke, das sei nicht im Sinne des Ausschusses. Dieser solle auf „nein“ gesetzt werden.

Herr Strüwer freut sich, mitteilen zu können, dass die Verwaltung diesen Prüfvermerk zurückgezogen habe.

Anschließend stellt er den Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

1. Der Rat stimmt den Empfehlungen der Arbeitsgruppe Rat / Haupt- und Finanzausschuss / Verwaltung vom 23.04.2008 zu.
2. Der Rat beschließt die Umsetzung der in der anliegenden Liste zum Programm zur Sanierung der städtischen Gebäude aufgeführten Maßnahmen
 - für das Jahr 2009 in Höhe von 12.402.150,- €,
 - für das Jahr 2010 in Höhe von 15.975.000,- €,
 - für das Jahr 2011 in Höhe von 11.826.400,- €,
3. Der Betrag von 48.501.850,- € (8.298.300,- € für das Jahr 2008, 12.402.150,- € für das Jahr 2009, 15.975.000,- € für das Jahr 2010, 11.826.400,- € für das Jahr 2011), gem. beiliegender Liste vom 07.07.08, ist als Rückstellung in die Eröffnungsbilanz einzubuchen.
4. Bei sämtlichen Gebäuden, die für die Erfüllung städtischer Aufgaben nicht notwendig sind, ist ein Verkauf zu überprüfen.
5. Dem Rat ist bis zum 31.03.2009 ein Zwischenbericht vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig beschlossen**9. Lokales Bündnis für Familien**
Vorlage: 0605/2008**Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:**

Zunächst berichtet Frau Schmitz über die Aktivitäten des Bündnisses für Familien.

Unter anderem sei ein Großprojekt in Form der Familienkarte geplant. Das Bündnis wolle das Thema Familienfreundlichkeit ausbauen und eine Familienkarte in Hagen installieren. Die Karte sei für die Familien und für die Unternehmer kostenlos.

Man würde sich freuen, wenn der Jugendhilfeausschuss dieses familienfreundliche Projekt unterstützen würde.

Herr Strüwer bedankt sich bei Frau Schmitz für ihre Ausführungen. Er bittet Herrn Steuber, die Vorlage zu erläutern.

Herr Steuber erläutert die Hintergründe der Vorlage.

Man müsse versuchen, aus dieser vielleicht zunächst schlechten Botschaft gemeinsam zu entwickeln, wie es trotz des Rückzugs der Gemeinde aus diesem Projekt mit vielen gesellschaftlichen Akteuren in dieser Stadt weitergehen könne. Es handele sich um einen wohlwollenden Übergang, den man hier vorschlage.

Herr Strüwer weist darauf hin, dass man die Möglichkeit habe, bis zum 31.12.08 den organisatorischen Rahmen zu nutzen, um in neue Überlegungen einzusteigen. Man solle auch unter diesem Gesichtspunkt überlegen, ob man einer möglichen Neuakzentuierung einen kleinen finanziellen Startrahmen geben könne. Sein Vorschlag sei deshalb, die Restmittel, die in 2008 nicht verausgabt würden, für eine Weiterführung der Arbeit des Bündnisses nach 2009 zu übertragen.

Dies sei ein Weg, auch über 2008 hinaus ein gewisses Startkapital zu haben.

Herr Dücker gibt zu bedenken, dass die Möglichkeit bestünde, dass die eingesparten Mittel vom Kämmerer nicht wieder zur Verfügung gestellt würden. Er regt an, mit den Firmen, die sich an der Familienkarte beteiligten, ein Kuratorium zu gründen.

Herr Goldbach erklärt, dass man die Restmittel für 2009 neu veranschlagen könne. Ob sie jedoch dann zur Verfügung stünden, sei nicht sicher. Er würde vorschlagen, die Mittel besser in 2008 zweckgebunden zu verausgaben.

Herr Haensel empfindet die Entwicklung insgesamt als eine Niederlage. Den Erwartungsdruck, der mit dem Label „Bündnis für Familien“ verbunden sei, halte er für nicht gerechtfertigt.

Herr Strüwer ist anderer Meinung. Es sei üblich, bestimmte Themen aufzugreifen, nach einem gewissen Zeitraum jedoch zu äußern, dass es auf diesem hohen Niveau nicht weitergehen könne. Genau das spiele sich in allen Lebensbereichen in vergleichbarer Form wieder. Er wolle nicht den Eindruck einer Niederlage erwecken und stattdessen Dank sagen an die handelnden Akteure, die in der Vergangenheit beachtliches Engagement und nachhaltige Ergebnisse eingebracht hätten.

Frau Burghardt erklärt, dass sie selbst auch Kuratoriumsmitglied des Bündnisses sei. Während der letzten Sitzung sei berichtet worden, dass im Lokalen Bündnis für Familien das Bestreben bestehe, sich in eine Vereinsführung umzuwandeln. Sie persönlich bedaure auch, dass sich die Stadt zurückziehe. Sie könne das aber verstehen. Das Fazit der Sitzung sei gewesen, dass das Lokale Bündnis für Familien nicht tot sei, auch wenn sich die Stadt zurückziehe. Stellvertretend für alle anderen Mitwirkenden solle an dieser Stelle Frau Schmitz und Frau Walter für ihr Engagement gedankt werden.

Herr Strüwer formuliert den zweiten Teil des Beschlussvorschlages und stellt diesen insgesamt zur Abstimmung.

Beschluss:

Die Verwaltung wird beauftragt, wie von ihr vorgeschlagen zu verfahren.

Die in 2008 nicht verbrauchten Mittel werden dem Bündnis für Familien im Jahr 2009 zweckgebunden für die weitere Arbeit zur Verfügung gestellt.

Abstimmungsergebnis:

<input checked="" type="checkbox"/>	Einstimmig beschlossen
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit beschlossen
<input type="checkbox"/>	Einstimmig abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Mit Mehrheit abgelehnt
<input type="checkbox"/>	Abgelehnt bei Stimmgleichheit
<input type="checkbox"/>	Ohne Beschlussfassung
<input type="checkbox"/>	Zur Kenntnis genommen
<input type="checkbox"/>	

Dafür: 12
Dagegen: 0
Enthaltungen: 2

10. Projekt "Straßenkinder"
Aufsuchende Straßensozialarbeit für Kinder und Jugendliche in Hagen
Vorlage: 0607/2008

Zusammenfassung des Diskussionsergebnisses:

Herr Goebels erläutert die Vorlage.

Herr Goldbach ergänzt, dass man stärkere aufsuchende und mobile Elemente in der Jugendsozialarbeit bräuchte. Er sähe jedoch keine Möglichkeit, das im Rahmen des jetzt laufenden Jugendförderplans zu verändern. Er sähe es jedoch durchaus als notwendig an, sich über diese Arbeitsansätze bei der Aufstellung des nächsten Jugendförderplans 2010-2014 Gedanken zu machen.

Herr Haensel bedankt sich für die Vorlage. Er könne dem Inhalt der Vorlage

komplett folgen. Das Diakonische Werk halte die Szene im Blick. Man habe eine Verstetigung des Projektes erzielt. Hier müsse es zu einer Neuorientierung der aufsuchenden Arbeit kommen.

Herr Strüwer zieht das Fazit, dass der Beitrag für die fachliche Weiterentwicklung in dem Bereich Straßensozialarbeit ungeheuer wichtig gewesen sei. Auf solch einer Basis könne man auch gemeinsam aufbauen und nach Wegen suchen, wie es weitergehen könne.

Herr Reinke ist der Meinung, dass dieses Thema den Ausschuss weiterhin beschäftigen sollte. Es gebe noch viele offene Fragen. Er schlägt vor, dieses Thema „Aufsuchende Straßensozialarbeit“ im neu zu verhandelnden Kontrakt erneut aufzugreifen.

Herr Strüwer berichtet von einem Gespräch mit dem Mentor, in dem dieser geäußert habe, dass er es für sinnvoll halte, einen Kontrakt für einen längeren Zeitraum zu verabschieden. Dieser Kontrakt biete nicht nur eine Planungssicherheit, sondern auch eine gewisse Gestaltungsfreiheit. Er schlägt vor, im Rahmen dieser Gespräche im Jahr 2009 das Thema bereits einzubeziehen. Dann könne anschließend eine Brücke zu den Gesprächen im Rahmen des Jugendförderplans für 2010 bis 2014 geschlagen werden. Dies sei eine Chance, dem Thema eine Perspektive zu geben.

Herr Decker kann dem nicht folgen, da die Vorlage doch aussage, dass keine Straßenkinder mehr vorhanden seien.

Herr Strüwer verweist auf die Beratungen, die deutlich gemacht hätten, dass es viele Kinder und Jugendliche gebe, die einem hohen Gefährdungspotential unterlägen. Es sei die Pflicht des Jugendhilfeausschusses, sich über diese Problematik Gedanken zu machen.

Herr Steuber weist darauf hin, dass man sich im Moment in einem kontraktlosen Zustand befände. Der alte Kontrakt sei zum 31.12.07 ausgelaufen. Man habe einen unterschrittsfähigen Entwurf vorgelegt. Sinnvoll sei ein Kontrakt, der zeitlich nicht vom Kinder- und Jugendförderplan abweiche, sondern mit diesem identisch sei. Dann habe man einen Gestaltungsspielraum über die gesamte Legislaturperiode des Rates. Die Verwaltung würde das sehr begrüßen.

Herr Strüwer hält es für sinnvoll, für 2009 einen Übergangskontrakt zu schaffen. Er lässt über den erweiterten Beschluss abstimmen.

Beschluss:

Der Vertrag zwischen dem Diakonischen Werk Ennepe-Ruhr/Hagen und der Stadt Hagen vom 20.07.2006 für die Höhe der Zuwendungen für das Leistungsangebot Aufsuchende Straßensozialarbeit für die Jahre 2005 bis 2007 wird nicht weiter fortgesetzt.

Der Bereich der aufsuchenden Straßensozialarbeit soll im Zuge der anstehen-

den Kontraktverhandlungen für 2009 thematisiert werden.

Abstimmungsergebnis:

- | | |
|-------------------------------------|---------------------------------|
| <input checked="" type="checkbox"/> | Einstimmig beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit beschlossen |
| <input type="checkbox"/> | Einstimmig abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Mit Mehrheit abgelehnt |
| <input type="checkbox"/> | Abgelehnt bei Stimmengleichheit |
| <input type="checkbox"/> | Ohne Beschlussfassung |
| <input type="checkbox"/> | Zur Kenntnis genommen |
| <input type="checkbox"/> | |

Dafür: 12

Dagegen: 0

Enthaltungen: 2

11. Anfragen nach §6 Abs. 8 der GeschO des Rates

keine

Ende des öffentlichen Teiles: 18.15 Uhr

Gez. Strüwer
Vorsitzender

Gez. Krause
Schriftführerin